

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

1.4.1930 (No. 78)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsriedel-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postkonto
Karlsruhe
Nr. 8515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Krenn,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstag 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipale Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedel-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwingender Vertreibung und Konturüberfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinendruck, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfäden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsleiter für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Entscheidung beim Reichstag Die heutige Regierungserklärung

BRN. Berlin, 1. April. (Priv.-Tel.) Das Reichskabinett ist heute vormittag um 9 Uhr erneut zusammengetreten, um die Regierungserklärung, die der Kanzler heute nachmittag im Reichstag abgeben wird, weiter zu beraten. Wie wir erfahren, wird sich die Entscheidung in den bereits mitgeteilten Gedankengängen bewegen. Sie wird die Bereitschaft der Regierung zur Zusammenarbeit mit dem Reichstag unterstreichen, aber auch keinen Zweifel daran lassen, daß der Reichstag sein Schicksal selbst in der Hand hat.

Daneben ist der Teil der Regierungserklärung von besonderer Bedeutung, der sich mit der Vorlegung des Rahmengesetzes für die Regelung der Finanz-, Agrar- und Ostfragen befaßt. Die Arbeiten für dieses Gesetz sind bereits eingeleitet. In Regierungskreisen rechnet man damit, daß es den parlamentarischen Intentionen bereits in den allernächsten Tagen zugehen kann. Die Regierungserklärung wird sich weiterhin natürlich auch mit der Außenpolitik beschäftigen.

Auf diesem Gebiet ist auch die Frage des polnischen Handelsvertrages von besonderem Interesse, da in der deutsch-nationalen Presse die Frage aufgeworfen wurde, ob durch den Eintritt Schiele in das Kabinett über die Neubehandlung des Handelsvertrages verhandelt werden müsse. Dieser ist aber bekanntlich bereits paraphiert und kann also nur noch angenommen oder abgelehnt, aber nicht mehr verändert werden, nach parlamentarischem Brauch. Er wird deshalb auch vom neuen Kabinett akzeptiert.

Im übrigen ist das Agrar- und Ostprogramm so aufgebaut, daß die Nachteile, die von der Landwirtschaft aus dem Handelsvertrag befürchtet wurden, ausgeschaltet erscheinen.

Der Reichstagskanzler wird in seiner Regierungserklärung weiter betonen, daß die Mitarbeit des ganzen deutschen Volkes notwendig ist, wenn es gelingen soll, die Aufgaben zu lösen, die die schwere Zeit der Reichskabinett stellt. In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß die Aussprüche über die Regierungserklärung bereits am morgigen Mittwoch zu Ende geführt werden kann, so daß morgen auch bereits über die zu erwartenden Mißtrauensvoten abgestimmt werden kann.

Der Anfall dieser Abstimmung wird jetzt für die Regierung günstiger beurteilt. Es fehlen hier zwar rechnerisch 28 Stimmen an der Mehrheit, man glaubt aber, daß der landwirtschaftlich eingeleitete Teil der deutsch-nationalen Fraktion nicht dazu beitragen wird, die dringend notwendige Hilfe für die Landwirtschaft zu erschweren. Außerdem hat nach dieser Auffassung die absolute Gewissheit, daß der Reichstag aufgelöst werden wird, wenn ein Mißtrauensvotum zur Annahme gelangt, die Stellung des Kabinetts erheblich gestärkt.

Der Regierungserklärung soll eine politische Debatte folgen, die am morgigen Mittwoch beginnen wird. Zwei Mißtrauensanträge sind zu erwarten, von den Sozialdemokraten und den Kommunisten. — Wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ wissen will, wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ein motiviertes Mißtrauensvotum einbringen.

Nach einer Mitteilung der „Morgen Post“, soll sich das Mißtrauensvotum der kommunistischen Reichstagsfraktion so gestalten, daß die SPD keine Möglichkeit habe, sich der Stimme zu enthalten. Außerdem werde die kommunistische Fraktion namentliche Abstimmung beantragen, um eventuell Abkommandierung von Abgeordneten durch die „scheinoppositiven Parteien“ festzusetzen. Gleichzeitig ruft das kommunistische Zentralorgan für morgen nach Arbeitsbeschäftigung einer Protestkundgebung im Lustgarten auf, wo „außerhalb des Parlaments die Massen des Berliner Proletariats aufmarschieren müssen, um ihr Wort abzugeben“.

Nach Ansicht der „Voss. Ztg.“ sind die Mißtrauensanträge nur abzuwehren, wenn etwa zwei Dutzend Deutschnationalen für die Regierung stimmen und die übrigen sich mindestens enthalten. Trotzdem scheint der neue Kanzler die Hoffnung nicht aufgegeben zu haben, daß mit einer, allerdings sehr knappen, Mehrheit, die Mißtrauensanträge abgelehnt werden.

Der „Deutschen Allg. Ztg.“ zufolge, hat Reichskanzler Dr. Brüning am Montag eine Besprechung mit dem deutsch-nationalen Fraktionsvorsitzenden Dr. Oberfohren über die Haltung der Deutschnationalen zum Kabinett gehabt, und am Nachmittag haben Besprechungen zwischen den Mitgliedern des deutsch-nationalen Parteivorstandes stattgefunden. Bisher habe man lediglich gehört, daß die Regierungserklärung abgelehnt und die weitere Stellungnahme von ihrem Inhalt in der Frage des Agrar- und Ostprogramms abhängig gemacht werden soll. Das genannte Blatt hält es für zweifellos, daß ein Teil der deutsch-nationalen Fraktion für das Kabinett stimmen werde.

Die „Deutsche Zeitung“, das Organ der Diehards in der Deutschnationalen Partei, erklärt neuerdings den Sturz der Regierung Brüning und die möglichst baldige Erziehung von Neuwahlen für notwendig.

Reichsernährungsminister Schiele hat sein Mandat als Reichstagsabgeordneter niedergelegt. An seiner Stelle wird der Oberst a. D. Gustav v. Bartenwerffer, Thale, in den Reichstag eintreten. Gleichzeitig hat Schiele auch sein Amt als Reichstagsmitglied der Deutschnationalen Volkspartei niedergelegt.

Letzte Nachrichten Europa und Sowjetrußland

Rästelraten um die Besprechung Deterding-Tardieu
BRN. Paris, 1. April. (Tel.) Eine Reihe von Morgenblättern beschäftigt sich mit dem Besuch, den der Magnat Sir Henry Deterding gestern ganz unerwartet dem französischen Ministerpräsidenten abstattete. Während „Echo de Paris“ und „Matin“ den Besuch mit dem Verschwinden des russischen Generals Kutiepow in Verbindung bringen, spricht „Excelsior“ von den Bemühungen Deterdings, eine gemeinsame Aktion europäischer Regierungen einzuleiten, um die wirtschaftlichen Beziehungen zu den Sowjets abzubauen. „Victoria“ will dagegen wissen, daß die Unterredung sich auf einen Finanzskandal bezogen habe, der bald ein gerichtliches Nachspiel haben werde.

Nach dem „New York Herald“ soll sich die Besprechung auf die Abänderung der Statuten der mit dem Deterding'schen Konzern in Moskau zusammenarbeitenden französischen Gesellschaften bezogen haben. Diese Statuten sind jedoch nicht endgültig angenommen und werden erst nach Ostern dem französischen Parlament zur Billigung unterbreitet werden.

Kutiepoffs Verschiffung erwiesen

BRN. Paris, 1. April. (Tel.) Nach der Morgenpresse sieht die Polizei auf Grund übereinstimmender Zeugenaussagen die Verschiffung des Generals Kutiepoffs an der normannischen Küste zwischen Wiffers und Houlgate als erwiesen an. Die Polizei ist gegenwärtig damit beschäftigt, die Schiffsbewegungen im Kanal in den letzten Januartagen nachzuprüfen, um festzustellen, mit welchem Schiff General Kutiepoff weggeführt worden sein könnte.

Gründung der Reichsmatstelle vollzogen

BRN. Berlin, 1. April. (Tel.) Die Gründung der Reichsmatstelle, die als Trägerin des Matmonopols dienen soll, ist in der Form einer G. m. b. H. vollzogen worden.

Kommunistische Ausschreitungen in Sachsen

BRN. Brandis (bei Leipzig), 1. April. (Tel.) Bei einer Versammlung der Nationalsozialisten kam es zu schweren Ausschreitungen von Kommunisten. Es mußte das Überfallkommando eingeleitet werden, das von den Kommunisten mit einem Steinhaufen empfangen wurde. Mehrere Polizeibeamte und einige Nationalsozialisten trugen Verletzungen davon. Die Kommunisten zerrückerten bei den Ausschreitungen einen Transformator, wodurch die elektrische Stromleitung zerstört und die ganze Stadt in Dunkel gehüllt wurde.

Der Leidensweg der Deportierten

BRN. Paris, 1. April. (Tel.) Wie dem „Matin“ aus La Rochelle gemeldet wird, sollen nach Angaben von privater Seite von dem im November vorigen Jahres nach der Strafkolonie Guayana beförderten 673 Sträflingen 200 unterwegs gestorben sein. Im Kolonialministerium erklärt man jedoch, daß nach einem Kabellegramm vom 18. Februar der Tod von nur 3 Sträflingen dieses Transportes gemeldet werde.

Abbruch der Konferenz über die österreichisch-ungarischen Vorkriegsanleihen

Die am Donnerstag in Paris zusammengetretene Konferenz zur endgültigen Regelung der österreichisch-ungarischen Vorkriegsschulden mußte, der „Frankf. Ztg.“ zufolge, ergebnislos abgebrochen werden, da die Differenzen zwischen den Forderungen der Gläubiger und dem Angebot der Nachfolgestaaten sich als so erheblich erwiesen haben, daß man zunächst keine Ausgleichsmöglichkeiten sah. So z. B. lautet die Forderung der Gläubiger bei der Aufwertung der Papierrenten auf mindestens 5 Proz. Gegenwärtig, während von den Nachfolgestaaten völlig unzureichende Angebote gemacht worden sind. U. a. erreichte das ungarische Angebot nicht einmal 1 Proz. Ungeachtet dieses völlig unbefriedigenden Ergebnisses der Konferenz hat man eine neue Zusammenkunft in Aussicht genommen, und zwar für den 5. Mai, wohl in der Hoffnung, daß bis dahin von den Nachfolgestaaten diskutablere Angebote gemacht werden.

Moratorium für den Osten gefordert. Die deutsch-nationale Fraktion hat im Reichstag eine Interpellation eingebracht, die unter Hinweis auf den Zusammenbruch der Preise landwirtschaftlicher Produkte schnellste und tatkräftigste Unterstützung für den deutschen Osten fordert. Es wird die Vorlage eines besonderen Notgesetzes verlangt, durch das dem Osten bis zur Wiedererlangung der Lebensgrundlage ein Zahlungsaufschub gewährt wird, ferner die Vorlage eines besonderen Gesetzes über ein Vergleichsverfahren bei landwirtschaftlichen Betrieben. Dazu wird die Bereitstellung von jährlich mindestens 200 Millionen Reichsmark für den Osten gefordert auf die Dauer von 5 Jahren zur Senkung der Zinsen auf Reichsbankdiskont, zur Schaffung eines Betriebs-erhaltungsfonds für Betriebe aller Größen, zur Fortsetzung der Umschulung und zur Regulierung der Kreditverhältnisse.

*Das Kabinett Brüning

Die tiefere Bedeutung der Geschichte der neuesten Kabinettsbildung im Reich wird nur derjenige richtig begreifen, der sich vergegenwärtigt, daß dieses Kabinett nicht von den Fraktionen, sondern von einer politischen Persönlichkeit gebildet wurde. Prinzipiell hätte schließlich auch ein anderer Politiker aus der „bürgerlichen Mitte“ den Auftrag zur Regierungsbildung erhalten können. In der Tatsache, daß gerade der Zentrumsführer Dr. Brüning den Auftrag vom Reichspräsidenten erhielt, ist die offizielle Bestätigung dafür zu erblicken, daß Dr. Brüning nach allgemeiner Auffassung persönlich die besten Garantien für das Amt eines Reichsfinanziers und für die Erledigung der ihm gestellten Aufgaben zu bieten vermag.

Dr. Brüning gilt als ein Politiker, der ruhige Überlegung und zielklares Wollen mit großer geistiger Gewandtheit verbindet. Er gilt als ein Mann, der Entschlußkraft besitzt und dank seiner ganzen Veranlagung und Lebensauffassung am wenigsten Gefahr läuft, sich in den mannigfachen Fuhangeln parlamentarischer Taktik, wie sie nun einmal in Berlin geübt wurde, zu verfangen. Dr. Brüning hat schon seit längerer Zeit eingesehen, daß aus der wirtschafts- und sozialpolitischen Situation, wie sie zur Zeit besteht, ganz bestimmte Lehren zu ziehen sind, und daß man diese Lehren nur unter Anwendung äußerster Energie in die Praxis umsetzen kann, da bei einem Teil unseres Volkes offenbar das Bestreben besteht, die Voraussetzungen für die heutige, kritische Situation fortbestehen zu lassen. Es hat aber keinen Zweck mehr, an Kleinigkeiten herumzudoktern: das Übel muß an seiner Wurzel gepackt werden!

Und das Übel besteht darin, daß es, wenn wir den Lebenshaltungsindex als Vergleichsmaßstab heranziehen, heute einem erheblichen Bruchteil unseres Volkes unverhältnismäßig gut geht, weil er mehr, ja zum Teil erheblich mehr als 150 Proz. des Vorkriegseinkommens verdient, während andere, nicht minder wichtige Teile unseres Volkes sich mit einem Verdienst begnügen müssen, der ganz beträchtlich unter der Normallinie jener 150 Proz. liegt. Für die gesamte Nationalwirtschaft ist dieses Mißverhältnis deshalb so gefährlich, weil es gerade das Unternehmertum in Stadt und Land im weitesten Sinne des Wortes ist, welches die Fische zu bezahlen hat. Und speziell die Landwirtschaft leidet dabei am meisten. Not der Landwirtschaft aber ist, wie neulich der badische Innenminister Dr. Wittemann mit Recht sagte, Not des ganzen Volkes. Und wenn der Unternehmer nichts verdienen kann, eine Betriebseinschränkung, die andere und ein Konkurs den anderen jagt, dann braucht man sich nicht zu wundern, daß die Steuererträge zurückgehen, daß die Kaufkraft des Volkes immer mehr abnimmt, und daß die Arbeitslosigkeit Ziffern aufweist, die man noch vor einigen Jahren für ganz unmöglich gehalten hätte.

Das Problem unserer inneren Politik ist also folgendes: wie kann man der Wirtschaft wieder auf die Beine helfen, wie kann man jene Verdienstdifferenz so verringern, daß eine leidliche Harmonie entsteht? Wie kann man die Gewinne der Wirtschaft so steigern, daß die Steuererträge nicht mehr hinter allen Anschlägen zurückbleiben und das Heer der Arbeitslosen durch Betriebserweiterungen allmählich zum Verschwinden gebracht wird? Wie kann man allenthalben — also auch in der Verwaltung von Reich, Ländern und Gemeinden, ferner aber auch in der Verwaltung der Versicherungsanstalten — die Ersparnisse und Reformen durchdrücken, die es verhüten, daß Hunderte von Millionen zu Unrecht oder am falschen Platz ausgegeben werden? Und schließlich: wie kann man die Steuerlast so vermindern, daß der Unternehmer wieder Freude an seiner Arbeit bekommt und am Schluß des Jahres seine Bilanz mit einem Reingewinn abschließen darf?

Dr. Brüning hat, wie die Presse seiner Partei betont, schon längst die Überzeugung gewonnen, daß man Sozialpolitik nicht ohne gesunde Finanzen treiben kann. Eine solche Überzeugung, übertragen auf die Praxis innerer Politik, ruft ganz von selbst gewisse Schlussfolgerungen hervor. In einem Interview hat der neue Minister für die besetzten Gebiete, der volkonservative Abgeordnete Treviranus, darüber einiges verlauten lassen, indem er erklärte, man werde sich jetzt nicht mehr damit abgeben,

Mit der Beilage: 41. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

die Wirkungen der Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftskrisis abzuschwächen, sondern man werde die Ursachen von beiden bekämpfen. So werde sich ganz von selbst auch das Problem der Arbeitslosenversicherung lösen lassen.

Dass die Hauptfrage des neuen Kabinetts der Landwirtschaft und dem deutschen Osten gilt, ist bereits mehrfach betont worden. Und man kann sich kaum vorstellen, dass Parteien, die in erster Linie den Interessen der Landwirtschaft dienen, dem neuen Kabinett Schwierigkeiten bereiten werden. Trevisanus hat gerade zu diesem Punkt in seinem Interview einen sehr interessanten Satz geprägt. Er hat gesagt: „Wenn jetzt Vermutungen über die Haltung der Deutschnationalen angestellt werden, so gehen sie an der Tatsache vorbei, dass der Versuch, Neuwahlen zu erzwingen, nur für die Parteien ein Risiko birgt, nicht aber für die Reichsregierung, welche mit dem Artikel 48 die praktische Arbeit unter allen Umständen erledigen wird.“ Es wird also alles von dem Einflusssvermögen des Parlaments und der Parteien selbst abhängen. Jedenfalls besteht in allen Schichten unseres Volkes das richtige Gefühl dafür, dass man dem Einfluss der Parteien und des Parlaments, wenn er sich zum Unutzen des Ganzen bemerkbar macht, nicht dauernd die Zügel schloßen lassen darf, sondern dass man die Pflicht hat, unter der Ausnutzung der Reichsverfassung auch einmal ohne das Parlament das zu tun, was die Not der Stunde gebietet.

Der neue Landwirtschaftsminister, Herr Schiele, ist aus der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei ausgetreten und hat auch seine Ehrenämter in der Partei niedergelegt. Mitglied dieser Partei bleibt er nach wie vor. Er will aber für sein neues Amt völlig frei sein und auch seine Partei in keiner Weise binden. Er weiß natürlich ganz genau, dass das Kabinett Dr. Brüning, dem er angehört, im Parlament nur dann eine Mehrheit zu finden vermag, wenn ein Teil der Deutschnationalen Volkspartei für das Kabinett stimmt und der Rest sich der Abstimmung enthält. Mit einem Antrag, der Reichsregierung das Misstrauen auszusprechen, wird ja heute schon bestimmt gerechnet; und zwar werde die sozialdemokratische Fraktion ihn einbringen.

Wie neuerdings gemeldet wird, sollen sich die Demokraten gleichfalls über ihre Stellung zum Kabinett noch nicht ganz klar sein. Angeblich herrsche bei einem großen Teil der demokratischen Reichstagsfraktion die Meinung, dass das Kabinett für die Demokraten „unenträglich“ sei. Nun, die Schritte, die in der nächsten Zukunft erfolgen werden, sind ja klar bekannt. Wenn das Parlament sich als arbeitsunfähig erweist — womöglich durch die Schuld der Demokraten —, dann wird der Reichstag aufgelöst werden, ja, man wird vielleicht auch vor einer zweiten Auflösung nicht zurückweichen. Und das, was zur Reichsfinanzreform und zur Behebung der dringendsten Wirtschaftskrisen zu geschehen hat, wird doch geschehen, nämlich unter dem Zeichen des Artikels 48. Es wäre aber denkbar, dass die Demokraten, wenn sie jetzt ein Misstrauensvotum gegen das Kabinett annehmen helfen, im nächsten Reichstag schon nicht mehr die ziffernmäßige Stärke aufweisen werden, die es ihnen gestattet, überhaupt noch als Fraktion aufzutreten. Das wäre dann das Ende einer Partei, der man einst bei ihrer Begründung eine glorreiche Zukunft vorausgesagt, der aber noch jüngst ein Mann wie Dellbach gesagt hat, dass sie eine gänzlich falsche Politik betreibt und nicht entwicklungsfähig sei.

Heute tritt der Reichskanzler Dr. Brüning mit seiner Regierungserklärung vor das Parlament. Und vielleicht schon morgen wird dann wohl die erste der Entscheidungen fallen: man wird über den Misstrauensantrag abstimmen.

Cosima Wagner †

W.W. Bayreuth, 1. April (Tel.) Frau Cosima Wagner ist heute morgen im Alter von 93 Jahren gestorben.

Ein sehr reiches Leben, das geradezu wunderbar noch in unsere Zeit hineinragt, hat geendet. Noch bis in die letzte Zeit geistig frisch, hat die Gattin Richard Wagners das 93. Lebensjahr erreicht. Cosima Wagner wurde am 26. Dezember 1837 geboren als Tochter Franz Liszts, aus dessen zeitweiliger Verbindung mit der später unter dem Pseudonym Daniel Stern bekannt gewordenen, französischen Schriftstellerin Marie Gräfin d'Agouti. Während der Weimarer Jahre ihres Vaters (1847—57) lernte sie Hans v. Bülow, den später berühmten Dirigenten, kennen, den sie in erster Ehe heiratete. Später, wie Richard Wagner selbst in seinen Werken mitteilt, im November 1863, wandte sie sich jedoch dem großen Lieddichter zu, der inzwischen in ihr Leben getreten war. Jedoch kam es erst im Juli 1870 zur gerichtlichen Scheidung von Cosimas erster Ehe. Am 26. August 1870 ließ sich Cosima und Richard Wagner in Luzern trauen. Fortan war Cosima die kongeniale Lebensgefährtin Richard Wagners, die vor allem ihm bei der Aufrechterhaltung des Bayreuther-Festspiel-Werkes tatkräftig und verständnisvoll zur Seite stand.

Nach dem Tod des Meisters im Jahre 1883 nahm sie es als Mission auf sich, die Verwalterin der Bayreuther Schöpfung und des Andenkens an Richard Wagner zu sein. Sie erfüllte diese Mission in hervorragender Weise und brachte die Bayreuther Festspiele auf eine ganz außerordentliche Höhe der Vollendung. Später übergab sie die Leitung ihrem Sohn Siegfried Wagner. Jedoch stand die außerordentlich geistvolle, universell gebildete, im Gespräch faszinierende Frau noch lange im Mittelpunkt des Bayreuther Geschehens.

Der Krieg mit seinen Folgen brachte auch für Bayreuth trübe Tage, zu dem als auch seit Anfang 1914 Richard Wagners Werke abgesehrt worden waren und auch der bis dahin für Bayreuth vorbehaltene „Parfival“ über alle deutschen Bühnen gehen konnte. Die Energie Cosima Wagners und ihres Sohnes Siegfried gelang es, diese Schwierigkeiten zu überwinden.

Dr. neue Reichsregierung Brüning

Vereidigung durch den Reichspräsidenten

Der Reichspräsident nahm am Montag die durch das Gesetz über die Rechtsverhältnisse des Reichskanzlers und der Reichsminister vom 27. März 1930 neu vorgeschriebene Vereidigung der Mitglieder der Reichsregierung vor. Der Reichskanzler und die Reichsminister leisteten hierbei folgenden Eid:

„Ich schwöre: Ich werde meine Kraft für das Wohl des deutschen Volkes einsetzen, die Verfassung und die Gesetze des Reiches wahren, die mir obliegenden Pflichten gewissenhaft erfüllen und meine Geschäfte unparteiisch und gerecht gegen jedermann führen. So wahr mir Gott helfe!“

Im Anschluß an die Vereidigung sprach der Reichspräsident den Mitgliedern der Reichsregierung seine aufrichtigen Wünsche für erfolgreiche Arbeit im Dienste des Vaterlandes aus. Er betonte hierbei, daß Sanierung der Finanzen und Rettung der deutschen Landwirtschaft, insbesondere des landwirtschaftlichen Ostens, die dringendsten Gebote der Zeit sind.

Das Haus der Deutschen Presse

Bei der Eröffnungsfeier des Hauses der Deutschen Presse in Berlin, begrüßte Minister Dietrich namens der Reichsregierung den Reichsverband der Deutschen Presse und beglückwünschte ihn zu seinem neuen Heim. Es nahmen ferner u. a. teil: Die Reichsminister Gröner, Dietrich, von Güterard und Dr. Wirth, Reichsminister a. D. Sebering, der preussische Ministerpräsident Braum und der Reichstagspräsident Löbe.

Der geschäftsführende Vorsitzende des Reichsverbandes, Gustav Richter, verlas ein Glückwunschsreiben des Reichspräsidenten, Georg Bernhart als Vorsitzender dankte dem bisherigen Reichsminister Sebering, der neben den Architekten und Künstlern ein entscheidendes Verdienst an dem Zustandekommen dieses Wertes habe. Wenn es gelungen sei, eine Interessengemeinschaft der deutschen Journalisten unter sich und mit ihren Verlegern herbeizuführen, so dürfe man daraus die Hoffnung schöpfen, daß für die Zukunft dieses Werk erhalten bleiben und sich entwickeln werde. Dieses Haus soll ein Haus der Kameradschaft sein und der Fühlungnahme zwischen Kollegen dienen, darüber hinaus aber der Pflege der Beziehungen zwischen der Presse und dem deutschen Volke im ganzen. „Wir und unser Haus“, so schloß Bernhart, „wollen dem Volke und damit dem Staate dienen.“

Es wurde ein Klub der deutschen Presse gegründet. Sitz des Klubs ist das Haus der Deutschen Presse, Tiergartenstraße 6. Die Klubräume mit Ökonomie sind ab 1. April in Betrieb.

Stürmische Heimreise der „Europa“

W.W. New York, 1. April (Tel.) Nach einem Zuntspruch des Lloydampfers „Europa“ hatte der Dampfer auch am zweiten Tag seiner ersten Ostfahrt gegen Sturm und eine bewegte See anzukämpfen. In den 25 Stunden Schiffszeit von Sonntag mittag bis Montag mittag legte er 635 Meilen zurück, was einem Stunden Durchschnitt von 25,4 Seemeilen entspricht. Gestern nachmittag 2 Uhr passierten sie den gleichfalls ostwärts fahrenden Lloydampfer „Berlin“.

Dr. Edders Suche nach einem Landungsplatz in Amerika. W.W. Richmond (Virginia), 1. April. Dr. Edder besichtigte gestern auf Einladung der Stadt den in der Nähe befindlichen Flugplatz, der möglicherweise als Landungsplatz der auf der transatlantischen Route verkehrenden Zeppelin in Frage kommt. Nach der Besichtigung erklärte Dr. Edder, es sei Grund zu der Annahme vorhanden, daß die Bevölkerung Virginias und Deutschlands bald in nähere Beziehungen treten würden. Er lehnte es jedoch ab, eine bestimmte Erklärung über die Wahl des Landungsplatzes abzugeben. Im Gespräch mit Pressevertretern äußerte Dr. Edder ferner, daß der Bau des neuen „Graff-Beppelin“-Luftschiffes, der in Friedrichshafen bereits in Angriff genommen ist, noch 18 Monate beanspruchen werde, und daß die Vorbereitungen für den transatlantischen Zeppelinbetrieb 1932 beendet sein würden. — Heute stattet Dr. Edder den Städten Newport News und Old Point Comfort einen Besuch ab.

Im Berliner Rathaus wurde eine „Höllmaschine“ aufgefunden, die eine Weyerhülle und zwei Konservendosen mit — Blumenerde enthielt. Es handelt sich um einen „Aprilscherz“. Das Vergnügungsboot „Swan“, auf dem sich eine durch zwei Decks gehende große Tanzhalle befindet, wurde bei St. Helens am Columbiafluß (Oregon) von dem Küstendampfer „Daneport“ gerammt. 4 Personen wurden dabei getötet. Da das Vergnügungsboot auf eine Sandbank aufstieg und so vor dem Sinken bewahrt wurde, konnte die Mehrzahl der 286 Passagiere ohne Schwierigkeiten und rasch gerettet werden.

Von den Kindern der Cosima Wagner entstammen drei der ersten Ehe mit Hans v. Bülow (Daniela, Blaudine und Jolde). Ihre beiden anderen Kinder sind Eva und Siegfried. Eva Wagner war seit 1908 mit dem bekannten Schriftsteller Houston Stuart Chamberlain verheiratet.

Cosima Wagners Lebensabend gestaltete sich durch die geordneten Verhältnisse in Deutschland wieder sorgenfreier, die Festspiele in Bayreuth, die ihr Sohn Siegfried nun schon seit Jahren ohne den Einfluß der Mutter führt, sind wieder zu einem Glanzpunkt im deutschen Musikleben geworden. In ihrer Familie erlebte sie manches Schwere. Im Jahre 1920 verlor Daniela Thode ihren Gatten, den feinsinnigen Gelehrten, am 9. Januar 1927 verschied Houston Stuart Chamberlain, der Gatte Evas.

Von dieser einst einzigartigen Frau hat Richard Graf du Moulin-Edard im Dezember 1928 eine Biographie im Drei-Masten-Verlag veröffentlicht, wozu er die von ihr geschriebenen, bisher noch unveröffentlichten Tagebücher verwertet hat.

Burte-Aufführung in Basel. Hermann Burtes neues Drama „Kriß vor Gericht“ wird im Stadttheater Basel seine Aufführung erleben. Bekanntlich handelt es sich bei dem neuen Werk Burtes darum, daß Jesus Christus vor einem Schöffengericht modernster Prägung seiner Wundertaten wegen abgeurteilt werden soll. Die Geschehnisse auf der Hochzeit zu Kanaan, die Krankenheilungen und die Speisung der 5000 sollen alle als Verhöre gegen Gesetzesparagrafen bestraf werden. Während Christus draußen unter dem Volke weilt, zeugen vor dem Gericht für ihn der gehetzte Krißpel, Maria Magdalena usw.

Eine englische Theatergesellschaft gegen deutschfeindliche Stücke. Bei der Prüfung der Hinterlassenschaft des vor einiger Zeit verstorbenen Dramatikers Hartley Mannors in New York stellte sich heraus, daß die englische Theatergemeinschaft „Royal General Theatrical Fund“ die Annahme eines Legats von 8000 Dollars abgelehnt hat, weil mit dem Legat die Verpflichtung verknüpft war, zwei deutschfeindliche Stücke von Mannors im Laufe der nächsten sechs Jahre zum mindesten einmal jährlich aufzuführen.

Kurze Nachrichten

Der Vorstoß auf die Bündholzanleihe. Die Transaktion, durch welche an das Deutsche Reich ein Vorstoß von 116 250 000 Dollar auf den Erlös der schwedischen Bündholzanleihe gewährt wird, ist nunmehr perfekt geworden. Die Transaktion ist abgeschlossen durch ein Konfortium deutscher Banken unter Führung der Reichsbank und durch ein internationales Konfortium unter Führung des Bankhauses Bee, Higginson & Co.

Wegen Fahrgeschens verurteilt. Der Schnellrichter beim Amtsgericht Berlin-Mitte verurteilte die 23 verhafteten Teilnehmer des europäischen Bauernkongresses (17 Polen, 4 Tschechoslowaken, 1 Italiener, 1 Südslawe) wegen Fahrgeschens, und zwar 3 Mitglieder des polnischen Sejms zu einer Geldstrafe von je 35 Reichsmark und die übrigen Angeklagten zu drei Tagen Gefängnis und unter Anrechnung der zweitägigen Polizeifrist. Sie wurden für schuldig befunden, unbefugt die Reichsgrenze überschritten zu haben und ohne Paß nach Berlin gekommen zu sein.

Kirchensänger in Duisburg. Gegen einen offen angekündigten kommunistischen Plan, die Kirchen Duisburgs mit Farben zu beschmücken, hatten die Kirchen in der Nacht zum Sonntag einen Selbstschutz organisiert. Ein Mitglied des Selbstschutzes wurde von einer kommunistischen, jugendlichen Gruppe überfallen und durch Messerstiche lebensgefährlich verletzt. An der Josephkirche wurden zwei Jugendliche bei dem Versuch überfallen, die Kirche mit Farben zu beschmücken.

1500 Berliner Maßschneider streiken. Die Berliner Maßschneider beschloßen, in 36 maßgeblichen Berliner Firmen des Arbeitgeberverbandes die Arbeit ruhen zu lassen. Es stehen seit heute in Berlin etwa 1500 Maßschneider im Lohnkampf.

Vor Neuwahlen in Danzig? In Danzig haben nach dem Austritt der Liberalen Partei aus der Regierung nunmehr auch die Sozialdemokraten ihren Austritt erklärt. Der Beschluß wird darauf zurückgeführt, daß die zwischen dem Zentrum und den Sozialdemokraten bestehenden Gegensätze in der Frage der Vereinigung des Danziger Arbeitsmarktes nicht überbrückt werden konnten. Damit ist auch in Danzig die Vorkoalition, die seit mehr als zwei Jahren an der Regierung beteiligt war, zerfallen. — Es wird nun mit Neuwahlen gerechnet.

Eine französische Parteigründung im Oberelsaß. In Colmar wurde am Sonntag eine „Oberelsässische Demokratische Partei“ unter dem Voritze des Senators Jourdain gegründet, die sich als Mittelpartei mit nationalfranzösischer Tendenz bezeichnet und den Gedanken, daß Elsaß-Lothringen eines Tages politisch eine regionalistische Organisation erhalte, als Zweckhaft ablehnt.

Der britische Staatshaushalt. Die Budgeteinnahmen im ablaufenden Rechnungsjahr beliefen sich — wie aus London gemeldet wird, auf 734 Millionen Pfund Sterling und die Ausgaben auf rund 749 Millionen Pfund Sterling. Das Defizit beträgt somit rund 14,5 Millionen Pfund Sterling.

Die britisch-ägyptische Konferenz in London, die sich mit der Frage der ägyptischen Unabhängigkeitsforderungen und mit dem Zustandekommen eines Vertrages befassen wird, ist eröffnet worden.

Der Erdbänsbruch von Oklahoma

W.W. Oklahoma, 1. April. (Tel.) Infolge Änderung der Windrichtung hat der von der Oklaelle ausgehende Sprühregen nunmehr die äußeren Stadtteile erreicht. Alle Fenster mußten geschlossen werden, ebenso mußten alle Feuer im Umkreise von 3 Kilometer um die Oklaelle gelöscht werden. Eine Anzahl entfernt gelegener Oklaellen wurde benachrichtigt, daß sie ihre Kesselfeuer im Notfall sofort löschen müßten, da befürchtet wird, daß in der meilenweit mit Petroleum besprengten Umgebung der Oklaelle ein Brand von unabsehbarem Ausmaße entstehen könnte.

Badischer Teil

Der Kultusetat vor dem Landtag

(50. Sitzung)

D3 Karlsruhe, 1. April 1930.

Zu Beginn der heutigen Vormittagssitzung weist der Abg. Bauer (D. Vp.) die Presseangriffe zurück, die in Verbindung damit gegen ihn gerichtet worden waren, daß er sich feinerheit als Mitglied des Verwaltungsrates des Landesheimat drei Tagesblätter (zusammen 24 M) geben ließ. Der Abg. Bauer hatte damals seine Ferienreise im Bayerischen unterbrochen, um einer Sitzung des Verwaltungsrates in Karlsruhe beizuwohnen, die dann aber nicht stattfand.

Präsident Duffner unterbricht den Redner mit der Bitte sich zu möhigen. Niemand im Hause sei es eingefallen, die persönliche Ehre des Abg. Bauer irgendwie anzutasten (Zustimmung). Der Redner stellt fest, daß er nur die Hälfte vor dem in Anspruch genommen habe, was ihm zusteht.

Abg. Maier-Hedelberg (Sozdem.) bemerkt: Was geht das Plenum die Sache an? (Zurufe von volksparteilicher und demokratischer Seite: Sehr viel!). Dem Abg. Bauer konnten die Reisekosten nur auf dem Wege der Diäten ersetzt werden.

An den weiteren Auseinandersetzungen beteiligen sich die Abg. Senbert (Zentr.), Mildert (Sozdem.), Bauer (D. Vp.) und Hofheinz (Dem.). Letzterer gibt dem Abg. Bauer recht, wenn er sich heute zur Wehr setze. Der Ton habe die Musik gemacht. Abg. Dr. Schmittbener (N. Nat.) verliest eine Erklärung, worin die gegenseitigen Auseinandersetzungen in der Presse dauert und die Überzeugung ausgesprochen wird, daß der Abg. Bauer völlig einwandfrei gehandelt hat.

Darauf wird

Die Schuldebatte

fortgesetzt. Abg. Frau Nigel (Zentr.) erinnert an die 88 Millionen, die Baden für sein Volksschulwesen ausbebe und die — steuerlich betrachtet — ein Notopfer für die Erziehung unseres Volkes darstellten. Der Handelshochschule Mannheim gebühre Dank für die Kurze und Vorträge im Interesse der Lehrerfortbildung. Die Rednerin anerkennt die Mannheimer Schulverhältnisse überhaupt, die sich durch schöne, lustige Schulgebäude, moderne Einrichtungen, Sammlungen und vortreffliche hygienische Fürsorge auszeichnen. Das Kind fülle sich in der Schule heimisch. Den Kommuniten möchte die Rednerin sagen: Hände weg von der Volksschule! Das Kind gehöre zunächst den Eltern, nicht dem Staat, wie jene meinen. Aus Ausland werde von einem ungewöhnlich großen Kinderelend berichtet. Das neue Volksschulgesetz sei zu einem Heimat- und Hausbuch geworden, nach dem zu unterrichten eine Freude sei. Die Rednerin trägt ferner einige Wünsche bezüglich des Haushalts- und Handarbeitsunterrichts vor.

Abg. Frau Richter (D. Nat.) Die Schulbibliotheken müßten freigehalten werden von Büchern mit parteipolitischer Tendenz. Die Lehrer hätten den Schülern nicht Kamerad, sondern in erster Linie Führer zu sein. Es wäre bei Verringerung der Finanzlage zu wünschen, daß wir noch mehr Aufbauschulen mit Internaten für beide Geschlechter bekommen. Durch die Si-

multanahale, die wir erhalten wissen wollen, würde es gelingen, die Verantwortung für das ganze Volk zu tragen. Sie hindere keineswegs, unsere Jugend in christlichem Geiste zu erziehen. Die Mednerin befürwortet die Einführung eines hauswirtschaftlichen Jahres und begrüßt die Errichtung einer Hausfrauenschule in Mannheim. Auch die Hochschulen sollen eine Erziehungsschule sein. Darum sei auch dort am Weltanschauungsunterricht festzuhalten. Unter Betonung des Simultancharakters unserer Schule fordert die Mednerin die Wahrung des Grundgesetzes der Parität für die Lehrerschaft. Sie bemerkt zur Kunstpflege, daß die Jugend vor der heutigen modernen Kunst vielfach geschützt werden müsse.

Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) unterstützt die Meinung des Abg. Dr. Schofer in bezug auf das humanistische Ideal. Von der Zweckmäßigkeit einer Aufnahmeprüfung beim Verlassen der Grundschule ist der Medner nicht überzeugt. Die Mittelschulen wie überhaupt jede Schulung sollen zum politischen Denken führen, nicht aber als Mittel enghirniger Parteipolitik und Verfolgung von Tendenzen der Straße mißbraucht werden. Jede Sportfertigkeit sei abzulehnen. Der Medner wendet sich dagegen, daß beim Wettbewerb um die sportbegeisterte Jugend der funktionelle Gesichtspunkt eine Rolle spielt.

Abg. Horn (D. Rp.) weist darauf hin, daß eine Anzahl Mittelschullehrer neben ihrer pädagogischen Tätigkeit noch mit mancherlei anderen Aufgaben belastet seien. Er wünscht für sie das gleiche Entgeltentommen wie für die Lehrer an den Lehrerbildungsanstalten. Der Medner findet höchst anerkennende Worte für die Vogelwarte auf Nappentwört, die bereits von einer großen Zahl von Schülern und Vereinen besucht wurde. Doch sollte der Leiter der Vogelwarte von seiner Tätigkeit als Mittelschullehrer freigestellt werden. Der Medner befürwortet, den Beginn des Schuljahres für die Mittelschulen wieder ins Frühjahr zu verlegen. Zur Personalpolitik meint der Medner, die Parteipolitik dürfe dabei nicht die geringste Rolle spielen.

Abg. Graf (Zentr.) unterstreicht, wie notwendig eine gezielte Ausbildung für den selbständigen Handwerker sei. Er dankt der Regierung für die Förderung des Fachschulwesens. Das Handwerk habe ein großes Interesse an der Leistungsfähigkeit der Volksschule, die in den oberen Klassen ausgebaut werden müsse.

Abg. Hilbert (Wirtsch. u. Bauernp.) bedauert, daß aus den Kreisen der Landwirtschaft nicht mehr die Zahl von Akademikern und Volksschullehrern gestellt werden kann, wie es früher der Fall war. Der Landlehrer müsse mit der Spitze des Landvolkes verbunden sein. Die Vorschläge der Gemeinden für die Stellenbesetzung sollten tunlichst berücksichtigt werden. Auf dem Lande müßten die besten Lehrkräfte Verwendung finden. Die Volksschule sei dort neben den Fortbildungsschulen, die übrigens den Erwartungen nicht entsprechen hätten, das einzige Hülfsmittel für das Leben.

Abg. Frau Nigal (Zentr.) findet es durchaus am Platze, daß Geistliche und Lehrer im Religionsunterricht für irgendeine Sport- und Jugendbewegung Propaganda machen.

Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) tritt dieser Auffassung unter heftigem Widerspruch des Zentrums entgegen. Fortsetzung der Beratung nachm. 4 1/2 Uhr. Schluß 1 Uhr.

Badischer Heimatdank

Die diesjährige Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses des Landesauschusses des badischen Heimatdankes fand am Freitag, den 28. März, im Karlsruher Bezirksratsaal statt. In seiner Eröffnungsansprache wies der Vorsitzende, Oberregierungsrat Dr. von Babo, auf die soziale Bedeutung des badischen Heimatdankes hin, der als Einrichtung der freien Wohlfahrtspflege in Baden für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene die amtliche Fürsorge in zahlreichen Fällen wirkungsvoll ergänze. Er gedachte ferner in ehrenden Worten eines verstorbenen Mitgliedes des Landesauschusses, Geh. Regierungsrat Landrat Hofmann, Bruchsal, den der Tod wenige Tage vor der Sitzung abgerufen hatte.

Regierungsrat Durich erbat sich sodann den Geschäftsbericht für das Jahr 1929, aus dem zu entnehmen ist, daß die allgemeine wirtschaftliche Notlage auch zu einer gesteigerten Inanspruchnahme des badischen Heimatdankes im vergangenen Jahre geführt hatte. Die Geschäftsführung hatte eine große Zahl von Unterstützungsgebeten zu bearbeiten. Aus den Mitteln des Heimatdankes konnte in 161 Fällen eine Unterstützung gewährt werden. Der Gesamtaufwand an Unterstützung aus Heimatdankmitteln beträgt 12 744,28 RM. Daneben wurden auch in einzelnen Fällen Darlehen bewilligt. Für das neue Geschäftsjahr liegen bereits zahlreiche Gesuche vor.

Der Kassen- und Rechnungsbericht wurde von dem Schatzmeister, Landdirektor Hoffmann, erstattet und erläutert. Dem geschäftsführenden Vorstand und dem Schatzmeister wurde sodann Entlastung erteilt. Ebenso wurde der Voranschlag für das Jahr 1930 angenommen. Mit der Wiederwahl der Rechnungsprüfer, Prof. Dr. Stein und Ministerialrat Mühe, war die Tagesordnung der Sitzung erledigt.

Das 36. Stiftungsfest des Badener Vereins in Berlin

Das 36. Stiftungsfest des Vereins der Badener in Berlin, das am vergangenen Samstag im Parkett des „Rheingold“ stattfand, war gut besucht und ein voller Erfolg. Neben Prominenten der badischen Kolonie war auch der badische Gesandte Donold zu sehen. Die Festrede hielt der ehemalige Gouverneur Zeis.

Künstlerische Darbietungen wurden geboten von Frau Oberregierungsrat Turban, Herrn Gänster, Erwin Fox, Baden-Baden, Theodor Deeber, Mitglied der Staatsoper Berlin und Herr Viesfeld aus Freiburg i. Br. Zum Schluß erteilte der 1. Vorsitzende, Herr Rheinert, mehrere Mitglieder des Vereins anlässlich ihrer 25jährigen Mitgliedschaft durch Überreichung einer Nadel und eines Diploms.

Wetternachrichten der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Unter dem Einfluß des von England herangezogenen und inzwischen aufgefüllten Tiefes zog gestern nachmittags Bewölkung auf, nachts fiel in den meisten Landesteilen leichter Regen. Die Temperaturen haben ihre übernormale Werte beibehalten. Ein ausgedehntes Tiefdruckgebiet liegt jetzt vor der europäischen Küste und hat ganz Westeuropa, von Spanien bis nach Island, bereits in seinen Wirkungsbereich einbezogen. Seine Vorderseite wird uns bei südlichen Winden zunächst weitere Erwärmerung bringen, doch ist nicht mit längerem Bestand des heizeren Wetters zu rechnen. Ein über der Ostsee in Entwicklung begriffener Hochwirbel wird später vorausichtige Verschlechterung bringen. Wetteransichten: Zunehmende Bewölkung und aufsteigende Südwestwinde. Später trübende Niederschläge und etwas kühler.

Aus der Landeshauptstadt

Zur Erhöhung des Stadtparkentrittsgebühes von 40 Pf. auf 50 Pf. schreibt das städtische Nachrichtenamt, daß bei der starken finanziellen Anspannung der Stadt Karlsruhe, es der Stadtkasse ohne Umlageerhöhung nicht mehr möglich ist, die Zuschüsse, die verschiedene städtische Betriebe, darunter auch der Stadtpark, dauernd erfordern, aufzubringen. Es mußte deshalb versucht werden, die Mehraufgaben, wo immer möglich, wenigstens herabzudrücken, und der Stadtpark konnte davon nicht ausgenommen werden. Bei ihm ergab sich nur die Möglichkeit, den Tagesentrittspreis hierfür in Anspruch zu nehmen. Die Tageskarten werden zum überwiegenden Teil von Auswärtigen gekauft, während die Karlsruher Bevölkerung sich in weitgehendem Maße der billigen Eintrittspreise zu anderen Zeiten bedient. An Sonn- und Feiertagsvormittagen bis 13 Uhr beträgt das Eintrittsgeld für Erwachsene nach wie vor nur 20 Pf., ebenso an allen Abenden der Woche ab 19 Uhr. Der werktätige Mann, der tagsüber im Geschäft ist, hat also, wie früher, unverändert Gelegenheit, billig den Garten zu besuchen. Dauerarten, d. h. der Haupt- und Veitarten und der Karten für Kinderwärtinnen, sind gleichfalls nicht erhöht worden. Für Studierende und Schüler wurde der sehr mäßige Preis der Jahreskarte mit 250 M. ebenfalls nicht geändert. Dasselbe gilt vom Preis der Jahreskarten für Kleinrentner usw. usw., ebenso wurde der Preis der Ferienarten für Kinder über 6 Jahre während der großen Sommerferien mit 1 M. nicht erhöht. Der Stadtpark, der früher ein Abergartenbetrieb war, ist seit einer Reihe von Jahren ein Zuchtbetrieb der Stadt geworden. So warf er z. B. noch im Jahre 1904 einen Überschuß von 4 788 M. ab, während der Überschuß im Jahr 1929 auf 215 000 M. anwuchs.

Eine Abwanderung nach dem Strandbad war im vergangenen Sommer, wie statistisch festgestellt ist, kaum zu spüren. Nach der Eröffnung des Strandbades Nappentwört am 20. Juli 1929 war die Besucherzahl des Stadtparks im August um 6048 und im September um 14 280 Personen größer, als in den gleichen Monaten des Vorjahres. Strandbad und Stadtpark sind eben zwei ganz verschiedene Dinge, die, jedes für sich, ihre Anhänger haben. Führt man die Eintrittspreise anderer ähnlicher Gärten in Vergleich, so schneidet dabei der Karlsruher Stadt- und Tiergarten auch mit 50 Pf. Eintrittsgeld immer noch sehr vorteilhaft ab. So beträgt der Eintrittspreis für den zoologischen Garten in Hamburg 60 Pf., für den in München 75 Pf., für die zoologischen Gärten in Leipzig, Nürnberg und Frankfurt a. M. je 1 M., für den zoologischen Garten in Berlin 1,50 M., und für den zoologischen Garten in Basel 1 Franken.

Erdbenenfeststellung. Die Seismographen des Naturwissenschaftlichen Vereins des Geodätischen Instituts der Technischen Hochschule Karlsruhe registrierten Montagnachmittag einen heftigen Erdstoß. Der Beginn der Bewegung fiel auf 13.37.26 Uhr, das Maximum auf 13.44 Uhr. Gegen 14 Uhr kamen die Apparate wieder zur Ruhe. Die Herdentfernung beträgt circa 1500 Kilometer.

Babische Lichtspiele — Konzerthaus. Ein Film von echt amerikanischer Aufmachung, wobei keine Kosten gespart und sogar verschiedene Erdteile ihre landschaftliche Eigenarten herleihen müssen, bedeutet der Gesellschaftsfilm „Venus“. Die reiche Inhaberin einer großen Kneiderei, die sich alle Wünsche erfüllen kann, kommt in einen schweren Herzenskonflikt. allerlei Demütigungen muß sie erdulden, bis sie ihr Ziel erreicht. Der Film wirkt durch die unergleichen Darstellung, in dessen Mittelpunkt Constance Talmadge als Schiffsreederin tritt. Ihre Darstellungskunst, wobei sie alle Launen einer reichen Frau spielen läßt, die Momente des Meeres, die Wunder des marokkanischen Landes u. a. wirken in dem Film zusammen. Voll spannender Handlung rollt sich ein Menschenschicksal vor unseren Augen ab. — Am Samstagnachmittag und Sonntagvormittag gelangt der Film „Großfeuer, Menschenleben in Gefahr“ in Sonderveranstaltungen zur Aufführung. Die aufopfernde und gefährvolle Tätigkeit unserer Feuerwehrmänner wird hier in das schönste Licht gerückt.

Gesangswettbewerb Deutscher Lokomotivführer. Die Gesangsabteilung der Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer hält vom 3.—5. Mai d. J. in Karlsruhe ihren 3. Gesangswettbewerb ab. Aus ganz Deutschland werden die Vereine in einer Gesamtzahl von etwa 2500 Sängern eintreffen, wo am 1. Festtage ein Zug nach dem Schloß mit einer Kundgebung für das Deutsche Reich geplant ist. Der eigentliche Gesangswettbewerb findet Sonntag, den 4. Mai, vormittags statt.

Badisches Landestheater. Für die erkrankte Malie Fanz wird am heutigen Dienstag in „Freischütz“ die Partie der Agathe Zina Reich-Dörich übernehmen.

Kurze Nachrichten aus Baden

D. J. Baden-Baden, 31. März. Geheimrat Morath, Generalstaatsanwalt a. D., wird am 1. April 70 Jahre alt. Er wurde in Gallau geboren, seine Zuchtlaufbahn führte ihn von Mosbach über Mannheim, Freiburg, Konstanz nach Karlsruhe an das Oberlandesgericht. 1908 wurde er zum Generalstaatsanwalt ernannt.

ld. Altenheim bei Rehl, 1. April. In einer in Gutach abgehaltenen nationalsozialistischen Versammlung wurde Hauptlehrer Rink von Altenheim, nachdem er etwa eine Stunde über das Programm der Nat.-Sozialistischen Arbeiterpartei gesprochen hatte, von einer Verzählung betroffen, die den alsbaldigen Tod herbeiführte.

ld. Donaueschingen, 1. April. In vergangener Nacht haben sich wiederum zwei Brände in der Baar ereignet, von denen man annimmt, daß sie auf Brandstiftung zurückzuführen sind. Der erste Brand war in Reudingen gegen 11 Uhr in der nicht weit außerhalb des Ortes liegenden Feldscheuer ausgebrochen. Sämtliche Futtervorräte sind vernichtet. — Kurz vor 2 Uhr brannte in dem angrenzenden Dorf Almenhöfen das größte landwirtschaftliche Anwesen, das dem Landwirt Josef Mutter gehört, lichterloh. Die Bewohner brachten nur mit großer Mühe einen Teil ihrer Habe in Sicherheit. Der Gesamtgrundschaden beläuft sich über 28 000 M.

ld. Kallendorf, 1. April. In Groß-Stadelhofen ist der größte Teil des landwirtschaftlichen Anwesens des Landwirts Leo Schaub einem Brand zum Opfer gefallen. Der Viehbestand konnte gerettet werden. Von den unteren Stockwerken stehen noch die Umfassungsmauern. Der Schaden wird auf 15 000 Reichsmark geschätzt.

ld. Sengen a. S., 31. März. Das Hofgut Hohenträben (Besitzer Freiherr von Reichach) wird sich auf 1. April ebenfalls dem Güterkonzern, das bis jetzt die ten Brink'schen Güter (Hofgut Hittisheim und Magdeburg) sowie die Curtius'schen Güter (Hofgut Weidhof bei Böhlingen und Schloß Friedingen), umfassen, anschließen. Die Gesamtverwaltung dieser fünf Güter obliegt Güterdirektor Säuer vom Hittisheimer Hof in Böhlingen. Der Zusammenschluß der Hofgüter bringt für die Besitzer große wirtschaftliche Vorteile bei gemeinsamem Bezug von Futtermitteln und Kunstdünger durch Preisermäßigung und Frachtbegünstigung.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	1. April		31. März	
	Geld	Preis	Geld	Preis
Amsterdam 100 G.	167,91	168,25	167,92	168,26
Kopenhagen 100 Kr.	112,06	112,27	112,04	112,26
Italien 100 L.	21,935	21,975	21,925	21,965
London 1 Pf.	20,357	20,397	20,353	20,393
New York 1 D.	4,1845	4,1925	4,184	4,192
Paris 100 Fr.	16,375	16,415	16,37	16,41
Schweiz 100 Fr.	80,995	81,155	80,985	81,145
Wien 100 Schilling	58,985	59,105	58,975	59,095
Prag 100 Kr.	12,394	12,415	12,396	12,416

Der Privatdiskont wurde — wie aus Berlin gemeldet wird — für beide Sichten um je 1/2 auf 4 1/2 Prozent ermäßigt.

Landesgewerbebank für Südwestdeutschland AG. Karlsruhe. Dem Geschäftsbericht für 1929 ist zu entnehmen, daß die Beziehungen der Bank zur Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-AG. und zur Südwestdeutschen Bank in einem Sonderabkommen geregelt wurden. Danach bestehen irgendwelche Ansprüche seitens der Bank und der Südwestdeutschen Bank an die Landesgewerbebank nicht mehr. Die Forderung der Landesgewerbebank an die Bank ist so bewertet, daß Ausfälle nicht mehr zu erwarten sind; ihre Beteiligung an der Südwestdeutschen Bank ist abgeschrieben. Die aus diesen Geschäftsbeziehungen entstandenen Verluste konnten aus dem Jahresgewinn und einem Teil der Reserven bedeckt werden. Eine Spibe von rund 22 000 M. wurde vorgetragen. Bei 2 1/2 Millionen Aktienkapital betragen die Reserven noch 200 000 Reichsmark. Die festbesetzten Einlagen sind von 11,3 auf 6,8 Millionen und die Kontoforrenteneinlagen von 3,1 auf 2,5 Millionen Reichsmark zurückgegangen. Auf der anderen Seite haben sich die Außenstände von 9,8 Millionen auf 6,9 Millionen Reichsmark ermäßigt. An sonstiger Aktiva werden ausgewiesen: Kasse 152 600 M. (243 400), Guthaben bei Notenbanken 297 200 (515 600), sonstige Bankguthaben 2 189 000 (2 217 000), Wertpapiere 469 400 (553 300), Wechsel und Schecks 1 133 000 (2 865 000), Lombardforderungen 250 000 (386 000) Beteiligungen 212 700 (420 700), Geschäftseinrichtung 70 000 (50 000), Bankgebäude 430 000 (440 000), Vermögensverbindlichkeiten werden mit 1 979 000 (209 000) und die Groverbindlichkeiten mit 9 847 000 (10 241 000) Reichsmark ausgewiesen. Die Umsätze der Bank gingen als eine naturgemäße Folge der Fawagkrise auf 1312 Millionen Reichsmark (1543) zurück.

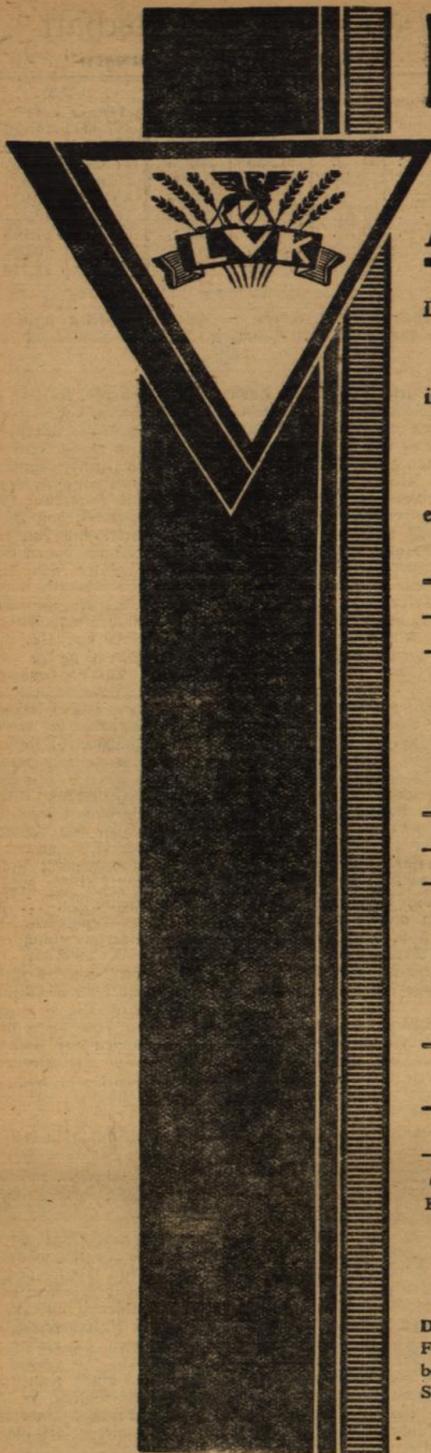
Brown, Boveri & Cie. AG. in Mannheim. In der am Montag abgehaltenen Bilanzsitzung wurde beschlossen, der auf den 9. Mai einzuberufenden Generalversammlung aus einem Reingewinn von 2 436 737 M. (i. V. 1 962 531) für das Geschäftsjahr 1929 die Verteilung von wieder 9 Proz. Dividende auf das erstmals voll dividendenberechtigte Aktienkapital von 25 Mill. Reichsmark vorzuschlagen. Die Rentionskasse erhält durch die Verwaltung vorweg eine Zumeisung von 250 000 M. (500 000). Die Abschreibungen auf Anlagen belaufen sich auf 1 881 326 M. (1 810 590). Bei wiederum gesteigertem Umsatz im abgelaufenen Geschäftsjahr tritt die Gesellschaft mit einem erhöhten Auftragsbestand in das neue Geschäftsjahr ein.

Wagonfabrik Maifatt AG. In der am Montag in Maifatt abgehaltenen Generalversammlung wurden sämtliche Punkte der Tagesordnung einstimmig genehmigt und die bisherigen Aufsichtsratsmitglieder wiedergewählt. Der Verlustvortrag beträgt sich durch den Reingewinn von 1928/29 mit 64 138,08 Reichsmark auf 288 455,97 M.

Aus der Autoindustrie. Die monatlichen Nachweise des Statistischen Amtes über den Außenhandel Deutschlands zeigen, daß im vergangenen Jahr der Absatz an Kraftwagen wiederum gestiegen ist. Trotzdem sich viele Staaten durch hohe Zollmauern schützen, hat die Aufwärtsbewegung auch in den ersten Monaten des Jahres 1930 keine Unterbrechung erfahren, wie aus den zahlreichen Bestellungen, die bisher bei der Industrie eingelaufen sind, hervorgeht. So gelang es kürzlich der Daimler-Benz-AG., Gaggenau, einen namhaften Auftrag in Kommunalfahrzeugen nach dem Baltan zu tätigen — ein gutes Zeichen dafür, daß die deutsche Ware trotz aller Hindernisse auf dem Markt ist, sich wieder Geltung zu verschaffen.

Die staatlichen bayerischen Großkraftwerke Bayernwerk — Mittlere Nar — Waldenseewerk beantragen für die am 30. September v. J. zu Ende gegangenen Geschäftsjahre Erhöhungen der Dividenden von 4 auf 5 Proz. Die Mittlere Nar-AG. zeigt nach Abschreibungen von 1,29 (1,21) Mill. einen Reingewinn von 0,51 (0,38) von einem Aktienkapital von 27 Mill. sind 9 Mill. anteilsberechtigt. Die Waldenseewerk-AG. hat für Abschreibungen und Rückstellungen 0,84 (0,75) Mill. verwandt und schließt mit einem Reingewinn von 0,26 (0,21) Mill. bei unverändert 5 Mill. Aktienkapital. Die beiden eine Betriebsseinheit bildenden Werke haben im ganzen 451 Mill. Kilowattstunden Strom abgegeben. Die Bayernwerk-AG. (die nur den Strom verteilt) zeigt einen Reingewinn von 0,37 (0,27) Mill. nach Abschreibungen und Rückstellungen von 2,65 (2,47) Mill. Hier sind von 18 Mill. Aktienkapital 6 Mill. dividendenberechtigt. Der gesamte Stromumsatz bei dem Bayernwerk erhöhte sich auf rund 840 (686) Mill. Kilowattstunden. (Berf. 27. März.) In dem Bericht der Bayernwerk-AG. heißt es, daß sich das Zusammenarbeiten der Kraftwerke untereinander und im Verbundbetriebe mit den Kraftwerken der Abnehmer und jenen der benachbarten Landesverwaltungen, das sind die Preußische Elektrizitäts-AG., das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk und die württembergische Gruppe, sich reibungslos vollzog. Dieser Verbundbetrieb habe sich für alle Teile nicht nur durch Erhöhung der beiderseitigen Betriebssicherheit, sondern auch dadurch bestens bewährt, daß die Ausnutzung der Maschinenanlagen der zusammengeschlossenen Kraftwerke gesteigert wurde. Im Berichtsjahr wurde mit dem Bau eines Braunlohlen-Dampfkräftwerkes an der Naab in der Nähe von Schwandorf (Oberpfalz) begonnen. Die Inbetriebnahme des ersten Turbinenjahres steht bevor. Auch die Bauarbeiten bei den Wasserkräftwerken Au und Unterreichen der Untere-Alter-AG., von deren Energieanfall der Gesellschaft 60 Proz. gehören, schreiten rüstig fort. Mit ihrer Inbetriebnahme ist gegen Ende des laufenden Geschäftsjahres zu rechnen. Das im September 1929 in Betrieb genommene Kraftwerk IV, Brombach der Mittlere-Nar-AG., bringt der Gesellschaft eine Steigerung der erzielbaren Jahresarbeit um jährlich 120 Mill. Kilowattstunden.

Zwangweise Verlängerung des rheinisch-westfälischen Kohlenjndufats. Die Verhandlungen über die neuer Grundlage für das rheinisch-westfälische Kohlenjndufat sind vorläufig gescheitert, hauptsächlich deshalb, weil eine Einigung in dem Haupttreitpunkt, der Umlagefrage, nicht erzielt werden konnte. Der Reichswirtschaftsminister hat laut Verordnung im Reichsanzeiger die Feden des Ruhrgebiets auf der allen Grundlage für einen Monat zusammengeschlossen.



Lebensbedürfnisverein Karlsruhe

e. G. m. b. H.

An unsere sehr geehrten Mitglieder!

Die Auszahlung der

Rückvergütung für 1929

im Betrage von

394 485 Reichsmark

erfolgt in nachfolgender Weise an unserer Hauptkasse, Roonstraße 28:

k 265

Mittwoch, 2. April		Donnerstag, 3. April		Freitag, 4. April		Samstag, 5. April	
Abgabestellen		Abgabestellen		Abgabestellen		Abgabestellen	
1	Herrenstraße 14	6	Kriegsstraße 208	11	Kaiserstraße 5	16	Rudolfstraße 24
2	Karlstraße 3	7	Wilhelmstraße 51	12	Rüppurrer Straße 27	17	Augartenstraße 91
3	Zähringerstraße 63	8	Leopoldstraße 2	13	Amalienstraße 9	18	Nelkenstraße 25
4	Schützenstraße 41	9	Rheinstraße 55	14	Scheffelstraße 6	19	Gerwigstraße 29
5	Sophienstraße 35	10	Hirschstraße 70	15	Augustastraße 8	20	Bachstraße 50

Montag, 7. April		Dienstag, 8. April		Mittwoch, 9. April		Donnerstag, 10. April	
Abgabestellen		Abgabestellen		Abgabestellen		Abgabestellen	
21	Lachnerstraße 17	26	Marie-Alexandra-Straße	40	Gartenstraße 5b	46	Karl-Wilhelm-Straße 22
22	Winterstraße 39	27	Rintheimer Straße 18	41	Geranienstraße 9	49	Moltkestraße 143
23	Bunsenstr. 9	29	Boeckhstraße 28	42	Durmshheimer Straße		
24	Grünwinkel, Mörscher Str. 8	35	Knielinger Allee	43	Graf-Rhena-Straße 13		
25	Waldhornstraße 31	38	Adlerstraße 45	44	Tullastraße		

Mittwoch, 2. April	Donnerstag, 3. April	Freitag, 4. April	Samstag, 5. April	Montag, 7. April	Dienstag, 8. April	Mittwoch, 9. April	Donnerstag, 10. April	Freitag, 11. April
Abgabestelle 28	Abgabestellen 37, 50	Abgabestellen 30, 36	Abgabestelle 31	Abgabestellen 32, 33, 47	Abgabestelle 34	Abgabestelle 39	Abgabestelle 45	Abgabestelle 48
Gasthaus zum Karlsruher Hof Pfalzstr. 13	Gasthaus zum Weiherhof Neckarstr. 32	in Rüppurr Gasthaus zum Eichhorn Rastatter Str. 34	Rintheim Gasthaus zum Schwanen Hauptstr. 50	Ettlingen Gasthaus zur Sonne	Forchheim Gasthaus zum Schwanen (Volkshaus)	Knielingen Gasthaus zum Bahnhof Hauptstr. 96	in der Abgabestelle	in der Abgabestelle

Die Auszahlung erfolgt von 9 Uhr vormittags bis 1/2 1 Uhr und nachmittags von 1/2 2 bis 5 Uhr. Es kommt die Verteilungsstelle in Frage, in dem das Mitglied die Gegenmarkensammelkarte 1929 abgegeben hat. An Kinder unter 14 Jahren wird die Rückvergütung nicht ausbezahlt. Wir bitten, die vorgeschenen Termine genau einzuhalten. Nicht abgehobene Rückvergütung wird dem Geschäftsanteil-Konto bzw. Spareinlagen-Konto gutgeschrieben. Als Ausweis kommt nur die Gegenmarkensammelkarte von 1930 in Betracht.

Der Vorstand.

Blöße im 2., 3., und 4. Rang sind für den allgemeinen Verkauf freigegeben.

Abends
Volksbühne:
Aprilvorstellung

Die Affäre Dreifus

Schauspiel von Rehfisch und Herzog

Regie: Dr. Baag

Mitwirkende:

Vertram, Emrich, Genter, Schreiner, Jant, Brand, Dahlen, Gemmede, Graf, J. Gröbinger, Herz, Hiel, Göder, Hoshach, Just, O. Kienjcher, Kloeble, Kuhne, Landgebe, Müller, Prütter, Schulze, v. d. Trens, Grimm.

G. Kienjcher, Bindemann, Luther, Rivintus, Seibert. Anfang 19 1/2, Ende u. 22 1/2. Preise A (0,70-5 RM). Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben.

Do. 3. April:
Der Zigeunerbaron.
Fr., 4. April: Sondermiete „Zeittheater“: Zum erstenmal: „Amnestie“. So., 5. April: Die Affäre Dreifus. So., 6. April: Die Meisterfinger von Nürnberg. Im Konzerthaus: Zum erstenmal: Der Mann, der seinen Namen änderte. Mo., 7. April: Sondermiete „Zeittheater“: „Amnestie“.

COLOSSEUM

Heute abend 8 Uhr

PREMIERE

der
**Jupp
Wilhelmi's**
Lustigen
Bühne

Q.344. Karlsruhe. Das Vergleichsverfahren über das Vermögen der Frau Marga Köhl, Kurze, Weiß, Woll- und Modewaren in Karlsruhe, Poststraße 30, wurde nach erfolgter Be-

stätigung des Vergleichs vom 10. März 1930 aufgehoben.

Karlsruhe, 28. 3. 1930.
Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 6.

Unübertroffen in Qualität niedrig im Preis!

Für die Festtage Bestecke, erste Fabrikate, viele apparte Muster.

30 jährige Garantie.	Silberauflage	Doppelt geprägt	
		20 gr	100 gr
Kaffeelöffel 1/2 Dutzend	4,20	7,10	7,50
EBlöffel 1/2 "	7,50	14,-	15,75
EBgabeln 1/2 "	7,50	14,-	15,75
EBmesser 1/2 "	11,30	15,90	18,50

Alle Teile sind auch einzeln erhältlich.
Ebenholzbestecke 1/2 Dutz. Paar von 7,50 RM. an.
Geschenkartikel, Maniküre-Etuis, Scheren-Etuis, Taschenmesser, sämtliche Solinger Stahlwaren in den ältesten Spezialgeschäften.

Gegründet 1847 K. 260
Geschw. Schmid P. Schäfer
Kaiserstraße 88, Waldstr. 46 Erbprinzenstr. 22
zwischen Amalien- u. Sophienstr. Big. Reparaturwerkst. und Feinschleiferei.
Telefon 3163
Sämtliche Jagd- und Sportwaffen, Luftgewehre.

Neueinteilung von Grundstücken an der Salterstraße zwischen Graf-Rhena- und Welfenstr. in Karlsruhe.

Die vom Stadtrat der Landeshauptstadt Karlsruhe beantragte Neueinteilung der auf Gemarkung Karlsruhe gelegenen Grundstücke

Qsb. Nr. 6751, 6752, 6754, 6754, 6750, 6753.

wurde durch Erlaß des Ministers des Innern vom 21. März 1930 Nr. 14960 nach Maßgabe des darüber entworfenen, vom Stadtrat genehmigten und mit entsprechendem Vermerk versehenen Planes vom 10. Mai 1929 auf Grund des § 21 des Ortsstrafengesetzes für vollzugsreif erklärt.

Als Zeitpunkt für den Übergang des Eigentums und der Rechte dritter Personen wird der 1. Mai 1930 bestimmt.

Karlsruhe, den 26. März 1930. O.-319

Bad. Bezirksamt II.

Kommaldarlehen

vermittelt unter günstigen Bedingungen

JOSEPH LIEBMAN

Bankgesch., Karlsruhe i. B., Tel. 75 u. 76

Bekanntmachung.

(Druck. Nr. 60 vom 28. März 1930.)

Landwirtschaftskammerwahlen 1929.

Wie bitten die Bürgermeisterämter, die Stimmgeltem entsprechend § 28 Absatz 4 unserer Wahlordnung zu vernichten und die von der Landwirtschaftskammer gestellten Wahlumschläge für die Arbeitnehmerwahl in Verwahrung zu nehmen.

Karlsruhe, den 28. März 1930. D.346

Der Präsident der Badischen Landwirtschaftskammer:
Dr. Graf Douglas.

Karlsruhe. D.350

Vereinsregistereinträge:

1. Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften in Baden, Karlsruhe, 22. 3. 1930.

2. Deutschnationale Volkspartei (Christliche Volkspartei in Baden), Karlsruhe, 25. 3. 1930.

3. Kreisverein Karlsruhe der Deutschnationalen Volkspartei (Christliche Volkspartei in Baden), Karlsruhe, 25. 3. 1930.

4. Rath. Arbeiter- und Mannerverein Wörtsch, in Wörtsch, 26. 3. 1930.

Amtsgericht Karlsruhe.

WIR

WERBEN

FÜR SIE!



Badisches Landestheater

Mittwoch, 2. April 1930

Nachmittags

8. Vorstellung der Schülermiete

Die andere Seite

Drama von Scherriff

Regie: Waumbach

Mitwirkende:

Dahlen, Gemmede, Graf, Hiel, Just, Kloeble, Müller, Prütter, Schulze, v. d. Trens, G. Kienjcher, Luther.

Anfang 15 1/2 Ende 18 1/2

Preise A (0,70-5 RM)